

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

11/82

Hannover, 10. Oktober 1947
Telefon 20951/52

Nationaler Kommunismus und Komintern

=====

Im weiteren Verlauf des zweiten Weltkrieges konnten die sowjetischen Machthaber mit dem Gedanken spielen, das Erbe Hitlers in Europa anzutreten. Schliesslich hätte es nichts anderes zu sein brauchen als ein Fahnenwechsel, da die bestehenden Einrichtungen geeignet waren, ohne grosse Veränderungen übernommen zu werden - auch die Gefühlswelt einer pseudopolitischen Anschauungsweise, die der Nazismus mit soviel Eifer und Energie zu entwickeln verstanden hatte.

Diese Hoffnungen erfüllten sich nicht. Zwar zeigte sich allenthalben ein erschreckendes Anwachsen des nationalen Egoismus - zu einem sowjetischen Kommunismus verspürte man aber keine Neigung, obwohl sie Hitler für den Fall vorausgesagt hatte, dass der Nazismus, das angeblich einzige Bollwerk gegen die kommunistische Idee, zusammenbrechen sollte. So übernahm denn der Kommunismus, als er diese Entwicklung feststellte, ohne jedes Bedenken selbst die denkbar stärksten nationalen Parolen, denen bisweilen extreme Rechtsparteien nicht immer schnell genug folgen konnten.

Die Kommunisten wurden die Nationalisten ihres Landes. In Frankreich z.B. war es nicht de Gaulle, der die härtesten Reparationsforderungen anmeldete, sondern die Kommunistenführer Thorez und Duclos. In der Tschechoslowakei, in Jugoslawien und in Polen war es ähnlich. Die kommunistische Internationale schien vergessen. Viele Menschen schenkten Stalins Wort vom möglichen "Sozialismus in einem Land" Glauben.

Zusammen mit dieser Entwicklung war, nachdem der Krieg die UdSSR an die zweite Stelle in der Rangfolge der Mächte gebracht hatte, die Renaissance des russischen Imperialismus kaum noch verwunderlich. In Osten und Südosten Europas wurden die militärischen Eroberungen politisch fundiert, die kommunistischen Parteien gingen in die Regierung.

Aber bald zeigten die Sitzungen der UNO und die zahlreichen internationalen Konferenzen, dass man in den anderen Teilen der Welt nicht gewillt war, diesen russischen Imperialismus ohne weiteres hinzunehmen. Die USA, England und auch Frankreich verfolgten zum Teil entgegengesetzte Ziele. Es kam zu Blockbildungen und das wiederum verlor eine klare Stellungnahme. Hier aber treten peinliche Diskorimonien zwischen den nationalen Tönen, die die kommunistische Partei in ihrem jeweiligen eigenen Lande anschlug und jener sowjetischen Musik zutage, die bei internationalen Entscheidungen erklang. Die englischen Kommunisten zollten nicht Bevin, sondern Molotow Beifall, die französischen nicht Bidault, sondern Wjatschinski, und Togliatti stimmte eher mit Gromyko als mit Sforza überein. Die neue Komintern wartete nur noch auf ihre Konstituierung.

Auch nahm die europäische politische Willensbildung einen anderen Verlauf als man in Moskau erwartet hatte. In Deutschland entwickelte sich der Kommunismus nur unter den Zwangsmassnahmen der Ostzone, in Frankreich verminderte sich die Zahl der Mitglieder der kommunistischen Partei innerhalb eines Jahres von einer Million auf 800.000, und in Italien versteht es de Gasperi noch immer, ohne Togliatti zu regieren. In keinem der Länder, die nicht unmittelbar unter sowjetischem Einfluss standen, kam es zu Verschmelzungen der Sozialdemokraten und der Kommunisten.

So schien der Zeitpunkt gekommen, wo es notwendig wurde, die zur Verfügung stehenden Kräfte strategisch und auch demonstrativ zu koordinieren. Deshalb wurde in Warschau die zweite Komintern aus der Taufe gehoben. Obwohl die Zielsetzung dieselbe geblieben ist, hat sich das gute alte und einst so wirksame Schlagwort "Proletariat aller Länder vereinigt Euch!" nicht wieder hervorgeholt, sich vielmehr in den gefassten Beschlüssen zum Beschützer "nationaler Belange" ernannt. Aus solchen Sphären klingt das allerdings peinlich unsicht.

Der Vorgang hat auch seine positiven Seiten: Die Situation ist geklärt. Die kommunistischen Funktionäre müssen trotz solcher unehrlichen Deklationen ihre nationalen Modeste verlassen, vor wo aus sie die Geister vielfach verwirren konnten. Die Arbeiter der Welt werden nunmehr besser erkennen können, dass es im Grunde ziemlich gleichgültig ist, was die kommunistischen Führer ihres Landes sagen- die Befehle kommen aus Moskau. Die Schaffung der zweiten Komintern wird auch den deutschen Arbeiter davon überzeugen, dass es nur einen Kommunismus gibt - den sowjetischen.

Hinter der Oder-Linie

Von unserem Warschauer I.B.-Korrespondenten

Seit 1945 halten die leitenden polnischen Wirtschaftspolitiker alljährlich im Frühherbst eine grosse Meerschau in einer der Städte der ehemaligen deutschen Ostprovinzen, die durch die Potsdamer Beschlüsse polnischer Verwaltung unterstellt und damals auch bereits durch eine gemeinsame Entscheidung der Alliierten zur Evakuierung durch die dortige deutsche Bevölkerung bestimmt worden waren. Auf diesen "Industriekongressen für die neuen Westgebiete" wird über den Fortschritt der wirtschaftlichen Polonisierung berichtet und die Richtlinien für die weitere Durchführung dieses Polonisierungsprogramms im nächsten Jahre festgelegt. 1945 und 1946 tagte man in Breslau und Hirschberg, 1947 in Stettin. Das war kein Zufall, sondern bezeichnete den jeweiligen geographischen Konzentrationspunkt der polnischen Westpolitik.

In der ehemaligen preussischen Provinz Oberschlesien ist sowohl der wirtschaftliche Wiederaufbau wie die Polonisierung bereits weit fortgeschritten. Die polnische Politik konnte dort direkt an gewisse Kriegsmassnahmen des Hitler-Reiches anknüpfen, welches bereits 1939 nach dem militärischen Anfangserfolg gegen Polen das ehemalige West-Oberschlesien mit dem früheren Ost-Oberschlesien zu einem einheitlichen Verwaltungs- und Wirtschaftsgebiete zusammenfasste. Die "Eindeutschungs"-Massnahmen der Nationalsozialisten an der polnisch sprechenden und doppelsprachigen Bevölkerung Oberschlesiens erwiesen sich als zweischneidig. Alt-eingesessene Oberschlesier, die im Dritten Reich Mussdeutsche geworden waren, erklärten sich 1945 fast alle wieder als Polen und wurden sofort zu Stützen der Polonisierung ihrer Heimat. Da der grösste Teil der Gruben und die meisten Eisenhütten durch die Kriegshandlungen nur wenig beschädigt waren, so kam die Produktion dort verhältnismässig rasch wieder in Gang, zumal bei der günstigen internationalen Kohlenkonjunktur fehlende Produktionsmittel gegen Bezahlung durch Exportkohle oder auch auf Grund von Krediterteilung durch kohlenhungrige Länder wie Schweden, Dänemark, Schweiz usw. zu beschaffen waren. Das System der staatlichen Planwirtschaft des neuen Polen bewährte sich gerade im Bergbau besonders gut. Da man die Bergleute mit Lebensmitteln, Kleidung und Kleinwohnungen bevorzugt versorgte, fehlte es auch nicht an Arbeitskräften. Oberschlesien wurde dadurch bald zur stärksten Stütze von Wirtschaft und Politik des neuen Polenstaates.

In Niederschlesien waren die Bedingungen für polnische Erfolge nicht ebenso günstig. Die Kriegszerstörungen waren dort wesentlich schwerer, besonders in Städten wie Breslau und dem mittleren Teil des früheren Regierungsbezirkes Liegnitz, während der Südrand dieser Provinz unter den Bedingungen der Sudeten von Kriege verschont geblieben war. Polnisch sprechende ansässige Bevölkerung gab es in Niederschlesien so gut wie gar nicht. Die deutschen Einwohner waren wirtschaftlich nicht sofort zu enteignen, wenn man die vorhandenen Betriebe fortführen wollte.

An polnischen Neukolonisten fehlte es freilich - entgegen den Hoffnungen anderer deutscher Kreise - durchaus nicht. Die Gebiete, die Polen

im Osten an die Sowjetunion abtreten musste, waren ja erheblich größer als seine Neuerwerbungen im Westen, und nicht nur dort, sondern auch aus allen Ländern Europas und von Übersee, wohin Polen während der Kriegszeit oder auch schon in früheren Jahrzehnten verstreut gewesen waren, kamen seit 1945 hunderttausende von Rückwanderern. Überdies gab es in Zentralpolen die in der deutschen Fachliteratur eingehend erörterte Erscheinung der landwirtschaftlichen Übervölkerung. Die Agrarreform, der nur noch etwa 10% des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens zur Verfügung standen, konnten den mehr als eine Million Zwergbauernfamilien mit je 2 ha oder weniger pro Hof nur zum kleinen Teil helfen. So kamen bis Herbst 1947 tatsächlich mehr als vier Millionen neuer polnischer Zuwanderer in die ehemals deutschen Ostprovinzen, so dass dort jetzt zusammen wie gut einer Million alter polnischsprachiger Bevölkerung (Oberschlesien, ostpreussischen Masuren, Danziger Kaschuben usw.) über fünf Millionen Polen sitzen.

Die wirklichen Schwierigkeiten der polnischen Neusiedlung in Provinzen wie Niederschlesien waren hauptsächlich finanzieller Art. Da sich nicht alle Hoffnungen auf Auslandskredite erfüllten und die eigenen Mittel des kriegsversehrten Landes begrenzt sind, musste der diesjährige staatliche Investitionsplan hinter den ursprünglichen Absichten zurückbleiben. In Niederschlesien hatte man trotzdem schon Frühjahr 1947 wieder einen erstatenlich grossen Teil der Industrie in Betrieb, darunter nicht nur Fabriken wie die früheren Linke-Hof Werke in Breslau, die gegenwärtig fast den gesamten Bedarf der polnischen Staatsbahn an neuen Güterwagen decken, sondern auch solche Spezialfabriken wie die Waldenburger Porzellanbetriebe, die Schweißnitzer Fabrik elektrischer Zähler und Messapparate, die besten Glashütten des Riesengebirges und vor allem einen grossen Teil der grossen Textilfabriken in Bingenbräu, Reichenbach usw. Kriegsverschonte Bezirke wie Hirschberg sind, wie wir uns überzeugen konnten, bereits wieder überbevölkert, während allerdings andere Kreise wie etwa Bunzlau oder Stargard noch grossenteils in Ruinen liegen und halb leer bleiben. Die landwirtschaftliche Bebauung war 1947 in Niederschlesien bereits weit umfangreicher als 1946, wenn man auch erst für 1948 volle Ausnutzung des gesamten anbaufähigen Bodens der Provinz erhofft.

In Bezug auf das erst viel später von der Roten Armee an die Polen übergeben wurde, ist man vorläufig noch weiter zurück. Auf diese Provinz und auf den nordwestlichen Teil des früheren Ostpreussens (Elbing und das sog. Oberland) konzentriert die polnische Regierung jetzt ihre stärksten Anstrengungen. Erst im September dieses Jahres haben die Russen den Hafen von Stettin endgültig der polnischen Verwaltung überliefert, aber bereits im Juli auch bereits den technischen Betrag von sechs Milliarden Zloty für den weiteren Ausbau dieses Hafens bis Herbst 1948 bereit. Über Stettin soll in naher Zukunft ein erheblicher Teil der ober-schlesischen Industrieausfuhr nach Skandinavien gehen, und als Rückfracht auf dem Oderweg werden schwedisches Erz (auch für die Tschechoslowakei), finnische und schwedische Zellulose und andere Masswaren aus dem Norden dienen. auch die Industrialisierung Mittelpommerns wird jetzt beschleunigt; die früheren Stawerwerke, eine Glashütte an der Odermündung und einige andere Grossbetriebe sind bereits wieder in Gang. In Ostpreussen dagegen steckt alles noch in den ersten Anfängen,

eine Folge sowohl der dort besonders harten Kriegswirkungen (über 70% der Industrie völlig zerstört), wie nicht zuletzt der geringeren Sorge Polens um irgendeine politische Anfechtung seines dortigen Besitzstandes.

Die Zahl der Deutschen, die sich noch östlich der Oder-Neisse-Linie befinden, ist im September 1947 nach amtlicher Schätzung unter 200.000 gesunken. Bis zum Anfang des Winters werden auch diese bis auf geringe Ausnahmen abgeschoben sein, da die Sowjetzone jetzt Transporte übernimmt, die in der englischen Besatzungszone keinen Platz mehr finden, als letzte werden die noch rund 38.000 deutschen Kriegsgefangenen in Polen zurückgeschickt werden, die jetzt teils in den schlesischen Bergwerken, besonders im Waldenburger Revier, teils in der polnischen Landwirtschaft oder auch beim Wiederaufbau von Warschau beschäftigt werden. Da Mangel an Arbeitskräften in Polen nicht herrscht, ist die Frage ihres Abtransportes ausschliesslich vom Gang der Übernahme der deutschen Zivilisten durch die Okkupationsbehörden der alliierten Hauptmächte abhängig.

Die Tatsache der Kolonisierung des Gebietes östlich von Oder und Neisse wird aller Voraussicht nach noch in diesem Jahre vollständig werden. Die immer noch gefühlsmässig darauf reagieren mag, politisch und wirtschaftlich wird dieser Tatbestand vom deutschen Volke in alle seine Zukunftsberechnungen eingesetzt werden müssen (B/49/81a/1/hc)

Der Konkurrent

Von Robert Botzat

Was sind die wahren Ursachen des Versagens der britischen und amerikanischen Politik in Deutschland? Nehme einer der Staatsmänner der beiden westlichen Demokratien die Strapazen der Reise in einem überfüllten deutschen D-Zug auf sich, er wäre wahrscheinlich verblüfft und entsetzt über die Intensität, mit der diese Frage vom deutschen Volke diskutiert wird und zu welchen Resultaten man dabei gelangt. Solche Unterhaltungen, die selten die Voraussetzung einer guten Sachkenntnis haben, münden aber in eine erstaunliche Einstimmigkeit, suchen dem ehrlich bemühten und verständigungsberreiten Zuhörer heute immer schwerer, stichhaltige Gegenargumente zu finden.

Der grössere Teil des deutschen Volkes ist überzeugt, dass die Alliierten hinsichtlich eines zukünftigen deutschen Kriegspotentials kaum besorgt zu sein brauchen, dass es ihnen vielmehr darauf ankäme, Deutschlands wirtschaftliche Kraft für immer unter einer strengen Kontrolle zu haben, um einen lästigen Konkurrenten loszuwerden. Die Aufgabe bestünde für die Alliierten sozusagen darin, die Deutschen am Leben zu erhalten ohne die wirtschaftlichen Kräfte des Landes wieder aufzubauen und ohne das eigene Steuertafkommen opfern zu müssen. Dies sei bisher völlig misslungen. Das Resultat dieser Politik erlebe man täglich - im übrigen wirke sie wie ein Bumerang, sie treffe ihre Schöpfer selbst.

Lord Eckenham erklärte letzthin, die Ursache der Nöte Deutschlands sei die Nichterfüllung der Potsdamer Abmachungen, insbesondere die Verhinderung der wirtschaftlichen Einheit des Reiches. Es ist denkbar, dass manches bei uns anders aussähe, wenn die Zonengrenzen fielen.

Aber es ist nicht überzeugend, dass die vier Alliierten deshalb eine andere Politik z.B. in der Frage der Demontage oder in der des Wiederaufbaues der Industrie betreiben.

Auch ein wirtschaftlich gesichertes Deutschland könnte sich nicht selbst ernähren - Exporte arbeitsintensiver Produkte müssten seine Existenz sicherstellen. Was das Potsdamer Abkommen jedoch anbetrifft, so hatte man auf deutscher Seite mehrfach den Eindruck, die Alliierten bemühten sich immer dann, diesen Vertrag einzuhalten, wenn es auf Kosten des Besiegten ging, sie ignorierten die Absprache, wenn sie allzu stark mit den eigenen Interessen kollidierte.

Deutschland hat den Krieg provoziert und ihn verloren. Damit hat es das Recht verwirkt, in entscheidender Weise über sein Schicksal mitzubestimmen. Es ist den Deutschen dagegen nicht verwehrt, sachliche Vorschläge zu machen. Dies geschieht nun täglich, ohne dass dem eine entsprechende Beachtung geschenkt wird. So wurde empfohlen, nur solche Werke zu demontieren, die ausschliesslich der Kriegsproduktion dienten; Fachleute errechneten, was an Importen zu sparen wäre, wenn Kohle zur Herstellung von Stickstoff für die Landwirtschaft zur Verfügung stünde und man zeigte auf, dass eine einmalige Fünftage-Förderung des Abschlagens kostbarer Bauhölzer für Heizzwecke verhindern könnte. Unblässig wies man Mittel nach, die die deutsche Wirtschaft ankurbeln, Exportwerte schaffen, den Alliierten grosse Ausgaben ersparen und Industrie und Landwirtschaft vor dem Zusammenbruch bewahren könnten. Diese vernünftigen und logischen Vorschläge fanden einen merkwürdig geringen Niederschlag in den wirtschaftlichen Klinien der Alliierten.

Niemand im deutschen Volke hat vergessen, welche Versprechungen zu Beginn dieses Jahres gemacht worden waren. Heute, an der Schwelle des dritten Nachkriegswinters, stellt sich die Situation schlimmer dar denn je; die Bevölkerung sieht sich zum dritten Mal ohne die versprochenen Heizmengen schutzlos den Unbilden des Winters gegenüber, noch immer nicht werden in der Praxis die theoretisch geringsten Kalorienzahlen erreicht, und von dem versprochenen Beginn einer Produktion in den aufbauwichtigen Industrien ist wenig zu verspüren.

Es ist deshalb kein Wunder, wenn das deutsche Volk daran zweifelt, dass der allgemeine Weltmangel die Ursache der chaotischen Zustände sein soll. Ebenso unmöglich ist es ihm, davon überzeugt zu sein, dass Korruption und Unfähigkeit oder die wirtschaftlichen Trennungslinien im eigenen Lande ausschliesslich die Schuld an der augenblicklichen Situation haben. Nach der Meinung vieler Deutscher könnte z.B. die britische Zone viel zur Überwindung der Schwierigkeit beitragen, die England selbst hat.

Es wird deshalb notwendig sein, dass sich die Alliierten endlich zu Schritten entschliessen, die es den Deutschen ermöglichen, den Aufbau selbst in die Hand zu nehmen und sich lediglich auf die Kontrolle zu beschränken, so wie das in zahlreichen alliierten Aussagen zugesichert wurde. Inedernfalls wird vor allem den deutschen Arbeiter alles in der Überzeugung bestärken, dass es die Furcht vor dem deutschen Konkurrenten ist, die eine Gesundung der Verhältnisse verhindert.

(b/B9/910/1/he)

Vom "Rebellen" zum Wirtschaftsminister

Zur Ernennung von Sir Stafford Cripps

Er wachte erst als auch ausserhalb England von sich reden, als er, der Labour-Abgeordnete von Bristol East Division, vor seiner An- sicht nach viel zu laschen und zu wenig kämpferischen Politik der Labour Party offen den Kampf ansetzte und zur Bildung einer englischen Volksfront nach französischem Muster aufforderte. Das geschah zur Zeit Neville Chamberlains und endete mit einer Niederlage des "Rebel- len". Die Labour Party schloss 1939 den ehemaligen Wissenschaftler und späteren Rechtsanwalt aus der Partei aus und schickte ihn in die politische Wüste.

Jetzt ist der gleiche Sir Stafford Cripps mit dem für die Zukunft Englands wichtigsten Posten betraut worden. Clement Attlee erinnerte sich des in den ersten Kriegsjahren populär gewordenen Schlagwortes "Wir brauchen Churchill, um den Krieg, aber Cripps um den Frieden zu gewinnen" und übertrug ihm mit dem Amt des Wirtschaftsministers die schwere Aufgabe, England aus der jetzigen schweren Wirtschaftskrise wieder herauszuführen. Attlees Wahl hat im ganzen Lande, und nicht nur bei den Regierungshängern, volle Zustimmung gefunden. Dieses Vertrauensvotum ist die Frucht der erfolgreichen Tätigkeit, die Sir Stafford Cripps in der Zeit zwischen seinem Parteiausschluss und der 1945 erfolg- ten Wiederverwählung, ausübte.

Seine kluge Arbeit als englischer Botschafter in Moskau von 1940 bis 1942 und seine friedentiftende, wenn auch in Endeffekt erfolglose Indien-Reise im März 1942 machten ihn zu einer nationalen Figur und als Winston Churchill ihn als Minister für die Luftfahrt-Produktion in sein Kabinett berief, wuchs der Ruf des einstigen "Rebellen" als Mann schneller Entschlusskraft, schöpferischer Ideen, unermüdeten Arbeitswillens und kühner Planungen mit den Erfolgen auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen. Der jetzt 58-jährige Sir Stafford Cripps ist in Gestalt und Wesen der Typ des Asketen, eigenwillig, selbstbewusst, jug- licher Popularitätseucht abhold und geradlinig bis zum Letzten. Er ge- niesset vielleicht bei den Wirtschaftskapitänen grösseres Vertrauen als bei den Gewerkschaftsführern - aber das ist schwer nachzuprüfen. Bis Ausbruch des Krieges besass Sir Stafford Cripps, dessen Stockenpferd die Zimmerei ist, ein kleines Gut, das er selbst bestellte, und im übrigen ist er ein grosser Freund klassischer Musik und mit der berühmten Pianistin Myra Hess eng befreundet, die oft in seinem Häuschen in Cire- ncester spielt. (u/B23/1010/1/he)

Verantwortlich: Peter K... u... u